



Frau Bundeskanzlerin

Ergebnisse aus der Meinungsforschung

Wochenbericht KW 23
10.06.2016

<i>forsa</i>	<i>Emnid</i>	<i>infratest dimap</i>
--------------	--------------	------------------------

Wähleranteile:	Union bei 34 %, SPD bei 21 %
----------------	------------------------------

Wirtschaft:	Pessimistische Erwartungen überwiegen
-------------	---------------------------------------

Weltpolitische Lage:	Sorge um den Weltfrieden Flüchtlingskrise und Terrorgruppe IS werden als größte Bedrohung wahrgenommen
----------------------	---

Wichtigstes Thema:	Flüchtlingsströme/Europäische Einwanderungspolitik
--------------------	--

Wähleranteile

Angaben in Prozent

	forsa für RTL/stern	Emnid¹ für BamS
CDU/CSU	34 (-)	34 (+1)
SPD	21 (-)	21 (-1)
FDP	7 (+1)	6 (-)
DIE LINKE	10 (+1)	9 (-)
B'90/Grüne	13 (-)	14 (+1)
AfD	10 (-)	11 (-1)
Sonstige	5 (-2)	5 (-)
Erhebungszeitraum	30.05.-03.06.	02.-08.06.

Die Union liegt bei forsa 13 (-) und bei Emnid 13 (+2) Prozentpunkte vor der SPD.

Kanzlerpräferenz

Angaben in Prozent

	forsa für RTL/stern
Merkel	45 (-1)
Gabriel	15 (-)
Erhebungszeitraum	30.05.-03.06.

Angela Merkel liegt bei der Kanzlerpräferenz 30 (-1) Prozentpunkte vor Sigmar Gabriel.

88 % (-) der CDU-Anhänger präferieren Merkel und 3 % (-1) Gabriel. Von den CSU-Anhängern würden sich 62 % (+2) für Merkel und 4 % (-1) für Gabriel entscheiden.

42 % (+3) der SPD-Anhänger präferieren Gabriel und 31 % (-3) Merkel.

¹ Sperrfrist bis zur Veröffentlichung in der Bild am Sonntag (12.06.2016)

Problemlösungskompetenz

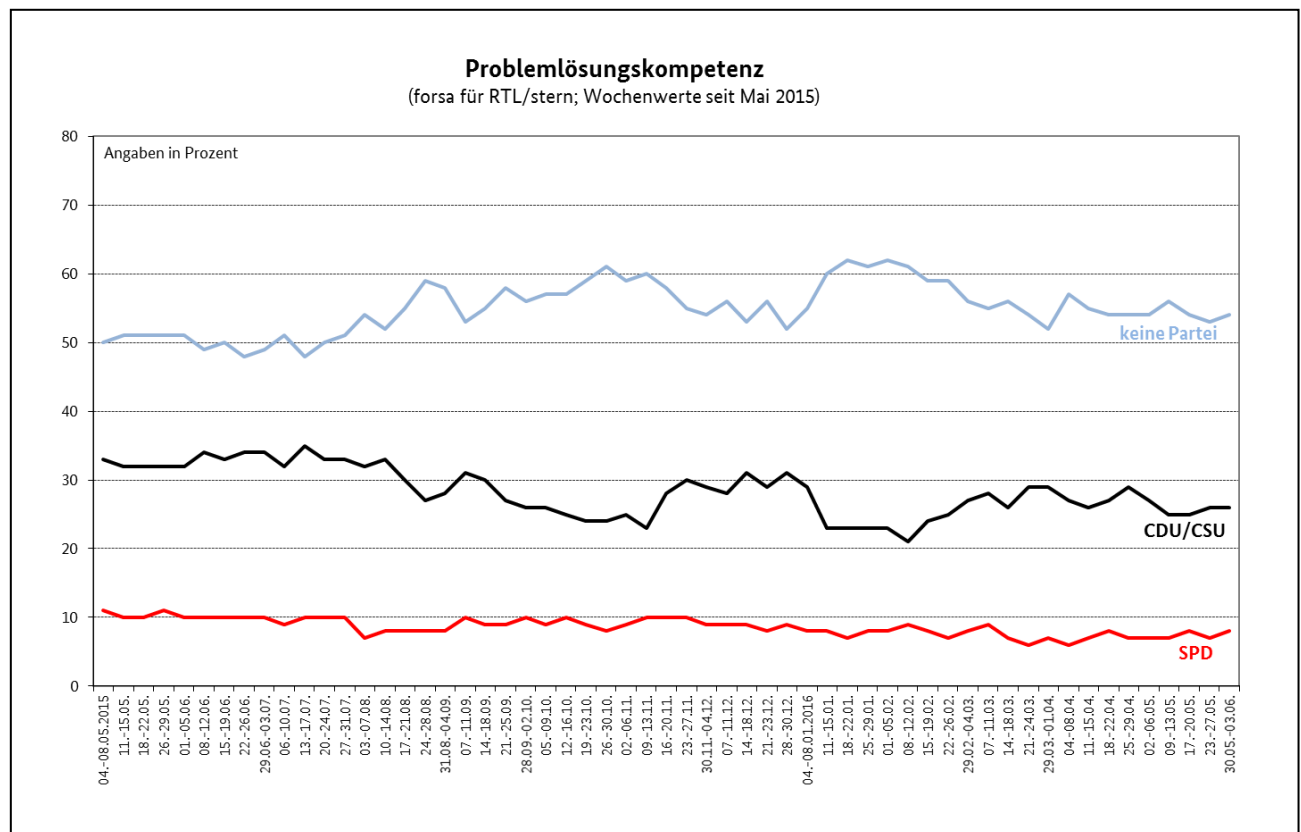
Angaben in Prozent

	forsa für RTL/stern	
CDU/CSU	26	(-)
SPD	8	(+1)
sonstige Parteien	12	(-2)
keine Partei	54	(+1)
Erhebungszeitraum	30.05.-03.06.	

Bei der politischen Kompetenz, die gegenwärtigen Probleme in Deutschland zu lösen, liegt die Union 18 (-1) Prozentpunkte vor der SPD.

54 % (+1) trauen die Lösung der Probleme keiner Partei zu.

69 % (-1) der Unionsanhänger meinen, dass die eigene Partei mit den Problemen in Deutschland am besten fertig wird, bei den SPD-Anhängern sagen dies 32 % (+1) von ihrer Partei.



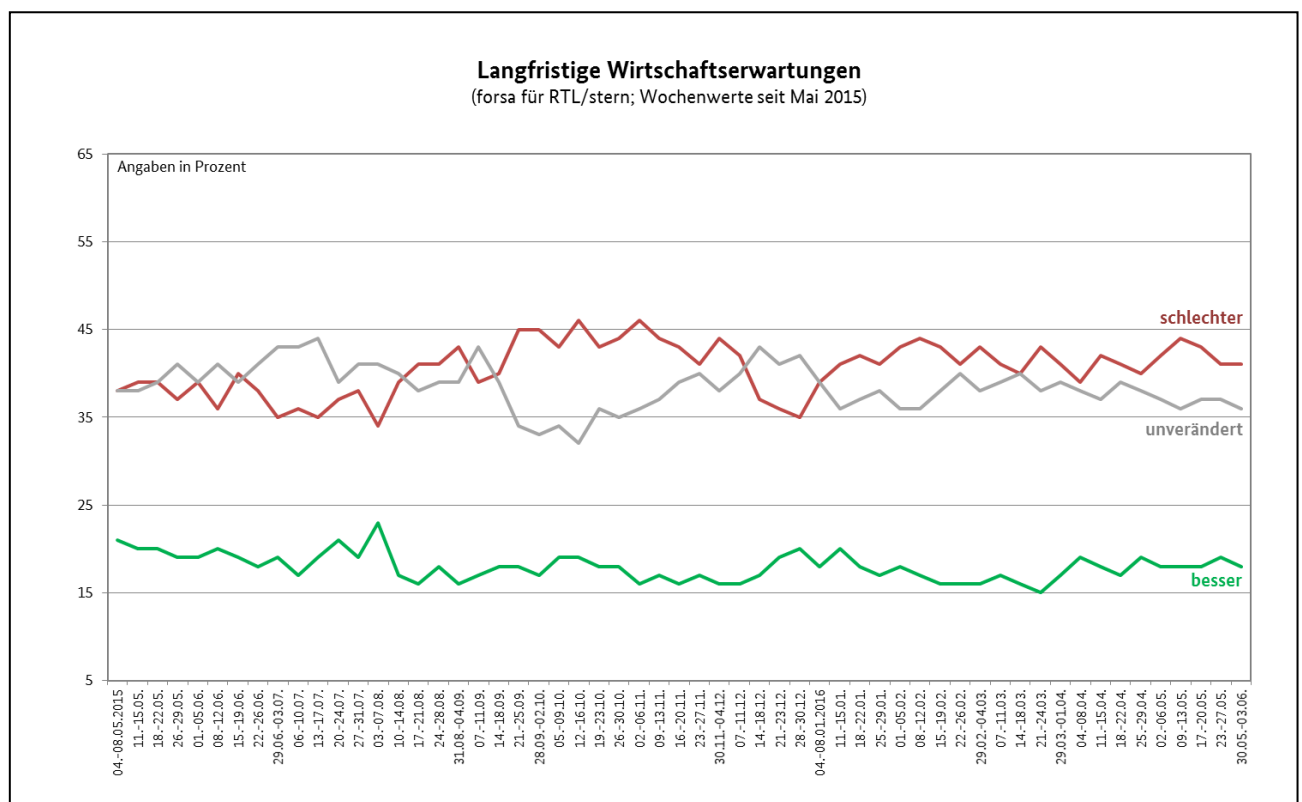
Langfristige Erwartungen für die Wirtschaft

Angaben in Prozent

	forsa für RTL/stern	
besser	18	(-1)
schlechter	41	(-)
unverändert	36	(-1)
Erhebungszeitraum	30.05.-03.06.	

Die langfristigen Wirtschaftserwartungen haben sich im Vergleich zur Vorwoche kaum verändert.

Der Anteil der Bevölkerung, der mit einer Verschlechterung der wirtschaftlichen Verhältnisse in Deutschland in den kommenden Jahren rechnet, liegt um 23 (+1) Prozentpunkte höher als der Anteil, der von einer Verbesserung ausgeht.



Machen Sie sich Sorgen um den Weltfrieden?

Angaben in Prozent, im Vergleich zur KW 20

	forsa für BPA	
sehr große	13	(+1)
große	47	(-1)
wenig	32	(+1)
keine	7	(-1)
Erhebungszeitraum	30.05.-03.06.	

Ostdeutsche (70 %) und über 60-Jährige (66 %) sowie Anhänger der AfD (66 %) machen sich überdurchschnittlich oft (sehr) große Sorgen um den Weltfrieden. Frauen machen sich häufiger (sehr) große Sorgen als Männer (69 % zu 51 %).

30- bis 44-Jährige (47 %) machen sich überdurchschnittlich häufig weniger bzw. gar keine Sorgen.

Von welcher weltweiten Krise droht Deutschland aktuell die größte Gefahr?

Angaben in Prozent, im Vergleich zur KW 20

	forsa für BPA	
Asylbewerber, Flüchtlinge	16	(+1)
Islamischer Staat (IS)	16	(+3)
Syrien	13	(-2)
Naher Osten, arabische Länder	11	(+3)
Krieg/Terrorismus allgemein	9	(-1)
Russland	7	(+1)
Ukraine	6	(+1)
Religion, religiöse Krisen/Kriege allgemein	5	(-1)
Türkei	5	(-)
USA	4	(-1)
Erhebungszeitraum	30.05.-03.06.	

Nach Meinung der Bundesbürger drohen von der Flüchtlingskrise und der Terrorgruppe IS die größten Gefahren für Deutschland.

Unter 30-Jährige (25 %) und Anhänger der AfD (34 %) nennen die Flüchtlingskrise überdurchschnittlich häufig als größte Gefahrenquelle für Deutschland. Anhänger der Linkspartei (7 %) tun dies unterdurchschnittlich oft.

Unter 30-Jährige (21 %) und Anhänger der Grünen (24 %) sehen in der Terrorgruppe Islamischer Staat (IS) überdurchschnittlich häufig die größte Gefahrenquelle für Deutschland. 30- bis 44-Jährige (11 %) tun dies unterdurchschnittlich oft.

Rolle Deutschlands in der Weltpolitik

Angaben in Prozent, im Vergleich zur KW 20

	forsa für BPA	
sollte mehr Verantwortung übernehmen	29	(-)
sollte weniger Verantwortung übernehmen	10	(-)
Deutschland tut bereits genug	58	(-)
Erhebungszeitraum	30.05.-03.06.	

Personen mit hoher formaler Bildung (35 %) sowie Anhänger der Grünen (49 %) sind überdurchschnittlich oft der Meinung, dass Deutschland mehr Verantwortung in der Weltpolitik übernehmen sollte.

Hingegen sind Anhänger der AfD (24 %) überdurchschnittlich oft der Ansicht, dass Deutschland weniger Verantwortung übernehmen sollte.

Frauen, Personen mit einfacher und mittlerer formaler Bildung (jew. 65 %) und über 60-Jährige (64 %) sowie Anhänger der FDP (70 %) und der Union (68 %) meinen überdurchschnittlich häufig, dass Deutschland bereits genug tut.

Rolle Deutschlands in der EU

Angaben in Prozent, im Vergleich zur KW 20

	forsa für BPA	
nimmt zu viel Rücksicht auf andere EU-Mitgliedstaaten	42	(-)
nimmt zu wenig Rücksicht auf andere EU-Mitgliedstaaten	16	(+2)
verhält sich alles in allem genau richtig	37	(-2)
Erhebungszeitraum	30.05.-03.06.	

Ostdeutsche (48 %), Personen mit einfacher und mittlerer formaler Bildung (48 %) und unter 60-Jährige (47 %) sowie Anhänger der AfD (62 %) und der FDP (54 %) sind überdurchschnittlich oft der Meinung, dass Deutschland zu viel Rücksicht auf die EU-Mitgliedstaaten nimmt.

Anhänger der Linkspartei (41 %) sind hingegen überdurchschnittlich oft der Meinung, dass Deutschland zu wenig Rücksicht auf die EU-Mitgliedstaaten nimmt.

Über 60-Jährige (43 %) sowie Anhänger der Grünen (49 %), der Union (48 %) und der SPD (47 %) finden das Verhalten Deutschlands überdurchschnittlich häufig genau richtig.

Wichtigste Themen

Angaben in Prozent

	infratest dimap für BPA
Flüchtlingsströme/Europäische Einwanderungspolitik	38 (-)
Wetter, Unwetter in Deutschland	17 (+6)
Verhandlungen mit der Türkei, Verhalten der türkischen Regierung	10 (+6)
Diskussion um Nachfolge des Bundespräsidenten	8 (neu)
Ausländer in Deutschland, Zuwanderungs-, Asylpolitik	7 (-2)
Erhebungszeitraum	07.-08.06.

Die Bundesbürger beschäftigen sich auch in dieser Woche am meisten mit den Flüchtlingsströmen bzw. der europäischen Einwanderungspolitik.

Überdurchschnittlich häufig sehen Anhänger der Linkspartei (55 %) dieses Thema als das wichtigste der Woche. 35- bis 49-Jährige (31 %) und Anhänger der FDP (30 %) nennen das Thema unterdurchschnittlich oft.

Gutverdiener (16 %) und Personen mit hoher formaler Bildung (15 %) sowie Anhänger der Linkspartei und der FDP (jew. 19 %) nennen das Thema "Verhandlungen mit der Türkei, Verhalten der türkischen Regierung" besonders häufig.

